

Queeres Jugendzentrum in Lübeck bedroht: Polizei reagiert zu spät!

In Lübeck bedrohten Männer ein queeres Jugendzentrum, was Besorgnis über die Sicherheit und Polizei Interventionen auslöste.

Lübeck, Deutschland - In Lübeck sorgte ein Vorfall in einem queeren Kinder- und Jugendzentrum für Besorgnis, als zwei Männer an die Tür klingelten und nach einer Toilette fragten. Nachdem ihnen mitgeteilt wurde, dass es keine öffentliche Toilette gibt, äußerten die Männer eine als unangemessen empfundene Bemerkung über die Jugendlichen, was von Moritz Griepentrog, dem Landesgeschäftsführer des Vereins Lambda Nord, als queerfeindliche Morddrohung gewertet wird. Griepentrog äußerte zudem Besorgnis um die Sicherheit der Einrichtung, die in einem oberen Stockwerk zum Schutz vor Rechtsextremen untergebracht ist. Es gibt in dem Jugendzentrum auch Personen, die ihr Coming-out noch nicht hatten und einen sicheren Raum benötigen.

Die beiden Männer, geschätzt Mitte 30, verließen die Szene, nachdem sie keine Toilette nutzen konnten. Die Lübecker Polizei wurde erst nach etwa einer Stunde auf den Vorfall aufmerksam, was von Griepentrog stark kritisiert wird. Die Polizei erklärte, dass beim ersten Notruf kein Anfangsverdacht einer Straftat vorlag und keine Streifenwagen verfügbar waren. Erst nach einem zweiten Anruf wurde ein Streifenwagen geschickt, jedoch ohne Hinweise auf eine akute Gefahrenlage. In Schleswig-Holstein hat die Zahl queerfeindlicher Übergriffe von 15 Fällen im Jahr 2020 auf 68 im Jahr 2023 zugenommen, wobei etwa ein Fünftel dieser Taten rechtsextremen Ideologien zugeordnet wird.

Steigende queerfeindliche Übergriffe

Wie der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) berichtet, ist Hasskriminalität die gravierendste Form der Queerfeindlichkeit und zielt darauf ab, ganze Bevölkerungsgruppen einzuschüchtern. LSBTIQ*-Personen (lesbisch, schwul, bisexuell, trans, intergeschlechtlich, queer) sind häufig im öffentlichen Raum gefährdet. Sichtbare LSBTIQ*-Identitäten können Gewalttäter anziehen und motivieren, was die Freiheit dieser Personen erheblich einschränkt, da sie oft ihre Umgebung auf potenzielle Gefahren überprüfen müssen. 2023 wurden in Deutschland insgesamt 1.785 Straftaten gegen LSBTIQ*-Personen registriert, was im Vergleich zu 2022 (1.188 Fälle) einen signifikanten Anstieg darstellt.

In verschiedenen Bundesländern, darunter Berlin und Brandenburg, sind die gemeldeten queerfeindlichen Übergriffe ebenfalls gestiegen. So wurden in Berlin 2023 insgesamt 791 Angriffe zur Anzeige gebracht, während die Zahl in Brandenburg von 29 im Jahr 2022 auf 51 im Jahr 2023 anstieg. Angesichts dieser Entwicklungen fordern Politiker der Fraktion Linke & GAL eine Sondersitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung, um den Vorfall im queeren Jugendzentrum zu klären und das Verhalten der Polizei zu hinterfragen.

Details	
Vorfall	Bedrohung
Ort	Lübeck, Deutschland
Quellen	• www.ln-online.de • www.lsvd.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de